©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DIETMAR ROTHERMUND

NATIONSBILDUNG IN INDIEN[1]

Die Problematik unserer geschichtlichen Begriffe wird uns besonders deutlich, wenn wir sie zur Deutung des Geschehens in den Entwicklungsländern heranziehen. Die Spannung zwischen dem Gestaltwandel des Staates und der politischen und sozialen Selbstbestimmung tritt in diesen Ländern viel unvermittelter auf als im europäischen Geschichtsverlauf. Die Traditionsbefangenheit der Massen dämpft die Gegensätze, doch wird diese Befangenheit zugleich zur Herausforderung für die Führungskräfte, die sich um den Aufbau eines modernen Staates bemühen. Die Erschließung der latenten Kräfte dieser Länder bringt es mit sich, daß mit jedem Fortschritt die Spannung wächst, daß jeder Erfolg die Bewältigung größerer Aufgaben beinhaltet. Die aus der Zeit der Kolonialherrschaft stammenden Obrigkeitsstrukturen erweisen sich für die Entwicklungsaufgaben als unzureichend. Doch haben diese Strukturen ihrerseits eine Befangenheit, die aus der Reglementierung und der fragmentarischen Verwestlichung unter dem Einfluß der Kolonialmacht hervorgegangen ist. Eine Übereinstimmung über die Ziele der Entwicklung und über die Mittel und Wege zur Bewältigung der unvermeidlichen Spannungen ist daher oft schwer zu erreichen. Dieses Einverständnis in den Fragen des politischen Stils ist jedoch für die Nationsbildung von größter Wichtigkeit. In der europäischen Erfahrung sind die sozialen und politischen Voraussetzungen für die Nationsbildung durch die allmähliche Entwicklung des Bürgertums und des modernen Staates entstanden, ehe der Nationalismus diese Entwicklung ins Bewußtsein brachte und ideologisch deutete. In Indien und in den meisten anderen Entwicklungsländern ging der Nationalismus der eigentlichen Nationsbildung voran, und die aus der europäischen Erfahrung abgeleitete Ideologie wurde zum Rezept.

In dem Wort Nation überschneiden sich die Begriffe des Staatsvolkes und der Kulturgemeinschaft: das Staatsvolk definiert durch den Souveränitätsbereich und die Kulturgemeinschaft charakterisiert durch das Bewußtsein einer gemeinsamen Vergangenheit, einer gemeinsamen Zukunft und durch die Vorstellung eines einheitlichen Kultur- und Sprachgebietes. Der Nationalismus machte diese Überschneidung zur Forderung: das Staatsvolk konnte nur dann staatstragend wirken, wenn es einer Kulturgemeinschaft entsprach, und die Kulturgemeinschaft konnte nur dann gedeihen, wenn sie als Staatsvolk auch politisch in Erscheinung trat. Diese ideologische Verflechtung entsprach den wachsenden Funktionen des Staates und der fortschreitenden Vergesellschaftung der Bevölkerung. Die Nation wurde zum gemeinsamen Nenner für Staat und Volk. Der Nationalismus verband sich mit der Volkssouveränität. Aus dieser Verbindung ergab sich die Forderung nach der Beseitigung jeglicher Fremd- und Kolonialherrschaft und nach der staatlichen

[1] Nach einem Vortrag, der in der Sektion „Prinzipien der Nationsbildung in Asien und Afrika" auf dem deutschen Historikertag in Duisburg (Okt. 1962) gehalten wurde.

Jahrgang 11 (1963), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Einigung sprachlich und kulturell verwandter Gebiete. Dort, wo aus historischen Gründen bereits einheitliche Staatsvölker bestanden, blieb der Begriff der Nation enger mit dem rational definierbaren Begriff des Staatsvolkes verbunden, während in anderen Gebieten, in denen die staatliche Einigung problematisch war, die Idee der Kulturgemeinschaft im Vordergrund stand. Dieser Unterschied bedingte es auch, daß der Idee der Volkssouveränität und der Idee der Selbstbestimmung der Kulturgemeinschaft in diesen Ländern jeweils andere Akzente verliehen wurden. Der Nationalismus erhielt eine Reihe nationaler Prägungen.

In Indien ist die Frage der staatlichen Einheit durch die Kolonialmacht entschieden worden, doch konnte man von einem Staatsvolk im eigentlichen Sinne des Wortes unter kolonialer Herrschaft nicht sprechen. Die eigenständigen Formen staatlicher und lokaler Autorität waren durch den Einfluß der Kolonialmacht zerstört worden. Das Eindringen der Kolonialmacht in das traditionelle Staatsgefüge wurde durch die weitgehende Autonomie der Sozialstruktur erleichtert. Die Obrigkeitsfunktionen waren begrenzt, ihre Übernahme durch fremde Kolonialbeamte wurde zunächst nicht unbedingt als störend empfunden, die Stabilität der Verwaltung wurde sogar begrüßt. Doch obwohl die Kolonialmacht traditionelle Obrigkeitsfunktionen aufrechterhielt, wandelte sich der Inhalt dieser Funktionen entscheidend. Neue Prinzipien der Rechtsprechung und Steuerveranlagung bewirkten eine soziale Revolution[2]. Der Eigentumsindividualismus führte zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse in der Landwirtschaft. Den Kolonialbeamten wurde erst nach langer Zeit klar, daß die Einwirkung des britischen Systems die indische Sozialstruktur unterhöhlte und damit auch das Fundament der kolonialen Obrigkeitsfunktionen ins Wanken brachte. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts setzte die Kolonialregierung zu einer Gegenrevolution an und versuchte auf dem Wege der Gesetzgebung die Folgen des Eigentumsindividualismus einzudämmen, die Veräußerung des Landes an Wucherer zu unterbinden und viele andere Entwicklungen, die von der Kolonialmacht selbst eingeleitet worden waren, wieder rückgängig zu machen[3]. Zum Teil waren diese Maßnahmen erfolgreich, sie gaben aber auch Anlaß zur erbitterten Kritik, denn sie trafen direkt und indirekt die Bildungsschicht, die von dem Eigentumsindividualismus profitierte und nun den Kolonialherren Vorlesungen aus ihren eigenen Lehrbüchern halten konnte.

Die westliche Bildungsschicht in Indien gehörte fast ausschließlich den oberen Kasten der Hindus an. Diese Kasten hatten bereits unter früheren Regimen als

[2] Zur Diskussion der britischen Kolonialpolitik in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts siehe Eric Stokes, The English Utilitarians and India, Oxford 1959; zu den allgemeinen Folgen der Kolonialpolitik siehe J. S. Furnivall, Colonial Policy and Practice, Cambridge 1948.

[3] Zur Gegenrevolution siehe Raymond West, The Land and the Law in India, Bombay 1873; ferner auch S. S. Thorburn, Musulmans and Moneylenders in the Punjab, Edinburgh 1886; zu den Einzelheiten der Gesetzgebung siehe Selections from the Records of the Government of India, Home Department, Nr. 352, Papers relating to the Deccan Agriculturists' Relief Act during the years 1875–1894, Vol. I, Kalkutta 1897, und die folgenden Aktenvorgänge: Government of India, Revenue and Agriculture Proceedings, Land Revenue, Nr. 72–73, Oktober 1895; Nr. 3–22, November 1898.

Jahrgang 11 (1963), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Priester, Buchhalter, Händler und Verwalter eine bedeutende Rolle gespielt, aber erst der britische Bildungseinfluß und die britische Rechtsprechung teilten ihnen die neuen Rollen des Rechtsanwaltes, Journalisten und Beamten zu. Der Bildungseinfluß führte zu einem prekären Individualismus. Der westlich gebildete Inder geriet in Konflikte mit den Ansprüchen der Großfamilie; Religion und Tradition wurden ihm fragwürdig, ohne daß er sich von ihren Bindungen lossagen konnte. Sein Verhältnis zu den britischen Mentoren war zwiespältig, da er ihnen nacheiferte, ohne doch je von ihnen völlig akzeptiert zu werden. Ein religiös fundierter Nationalismus gab dieser Bildungsschicht ein neues Selbstverständnis. Die politische Umdeutung des Vedanta-Systems[4] der indischen Philosophie ermöglichte es den jungen Nationalisten, sich für berechtigt zu halten, im Namen des Volkes selbst vor dem politischen Mord nicht zurückzuschrecken. Diese Radikalisierung erfaßte vor allem dominante Minderheiten, das heißt Oberkasten, die eine regionale Vorrangstellung und eine gewisse Solidarität hatten. Exponierte Minderheiten von der Art der Parsen in Bombay und der Kaschmirbrahmanen in Nordindien, die sich durch Mobilität und Anpassungsfähigkeit auszeichneten, wandten sich auch dem Nationalismus zu und traten als Sprecher des Volkes auf, doch neigten sie weniger zu einem religiös fundierten Radikalismus, sondern verfolgten eine rationale, gemäßigte politische Linie. Es ergaben sich bald grundlegende ideologische Differenzen zwischen radikalen und gemäßigten Nationalisten. Diese Differenzen ließen sich im wesentlichen auf die verschiedenen Stellungnahmen zur Frage der Nationsbildung in Indien zurückführen. Die gemäßigten Nationalisten sahen in der Nationsbildung einen langsamen Prozeß, der gerade erst begonnen hatte. Sie hofften, daß sich im Rahmen des Kolonialreiches ein Staatsvolk heranbilden werde, das schließlich die politische Mündigkeit einer selbständigen Nation erringen könne. Die radikalen Nationalisten glaubten jedoch, daß die Nationsbildung bereits abgeschlossen sei und daß die altehrwürdige indische Nation nur die Fremdherrschaft abzuschütteln brauche, um zu einem unabhängigen, modernen Staatsvolk zu werden.[5] Beide Gesichtspunkte ließen sich rechtfertigen. Die grundlegende Einheit der indischen Kultur, die Geschichte indischer Großreiche, die platonisch-idealisierte Sozialordnung des Kastensystems und die umfassende Mythologie des Hinduismus boten den indischen Nationalisten ähnliche Möglichkeiten wie sie dem deutschen Nationalisten des 19. Jahrhunderts in der Rückerinnerung an das heilige römische Reich deutscher Nation zur Verfügung standen. Als Argument gegen die Fremdherrschaft ließen sich diese historischen Erinnerungen gut verwerten. Die gemäßigten Nationalisten wiesen jedoch darauf hin, daß es nicht darum ginge, ein Hindu-Reich zu errichten, sondern einen modernen Staat zu schaffen, der auch die

[4] Vgl. V. P. Varma, The Political Philosophy of Sri Aurobindo, Bombay 1960.

[5] Hierzu T. V. Parvate, Gopal Krishna Gokhale, Bombay 1959; und Stanley Wolpert, Tilak and Gokhale: Revolution and Reform in the Making of Modern India, Berkeley 1962; zum frühen indischen Nationalismus siehe den Aufsatz von Johannes Voigt, Nationales Erwachen und Nationalismus in Indien, in Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 13 (1962), 759–772.

Jahrgang 11 (1963), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

indischen Mohammedaner und Christen und andere Minderheiten als gleichberechtigte Bürger umfassen könne[6].

Diese Fragestellung, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts die politische Willensbildung in Indien prägte, war an sich schon ein wesentlicher Beitrag zur Entwicklung der indischen Nation. Der Kreis der politisch Ansprechbaren war zwar immer noch sehr begrenzt, aber die Debatte um die nationalen Fragen sprengte die Grenzen der regionalen Politik und bewirkte eine Zusammenarbeit verschiedener Provinzialpolitiker, die damit zum ersten Mal nationalen Ruhm erwarben[7]. Es war kein Zufall, daß diese nationale politische Tätigkeit sich zunächst an bestimmten Forderungen entzündete, die es den westlich gebildeten Indern erleichtern sollten, die Aufnahme in den britisch-indischen Verwaltungsdienst zu erlangen. Das Ansteigen der Zahlen der Anwärter für Regierungsstellen bei mehr oder weniger gleichbleibender Zahl der verfügbaren Posten schuf die erste überregionale Interessengruppe[8]. Der Gruppenegoismus der Bildungsschicht wurde durch den Nationalismus zugleich sublimiert und gerechtfertigt. Die britische Kolonialregierung tat den Nationalismus der Bildungsschicht als die Anmaßung einer „mikroskopischen Minderheit" ab, ohne jedoch einzugestehen, daß die Kolonialbürokratie auch nur mikroskopische Dimensionen hatte und daß ihr Herrschaftsanspruch mindestens ebenso anmaßend war wie der Nationalismus der aufstrebenden indischen Bildungsschicht. Die ablehnende Haltung der Kolonialbürokraten gegenüber den westlich gebildeten Nationalisten beruhte vor allem darauf, daß sie in diesen anglisierten Herren keine echten Inder sahen. Zwar hatte Macaulay einst gerade diese Anglisierung zum erklärten Ziel der kolonialen Bildungspolitik gemacht als er verlangte, daß eine Schicht von Mittlern herangebildet werden müsse, die „indisch dem Blute nach, aber englisch in Sitte und Geschmack" sein solle[9]. Im Zuge der Gegenrevolution hatte sich die Kolonialregierung aber von diesen Vorstellungen abgewandt und suchte nun nach den „natürlichen Führern des Volkes", die als verläßliche Partner dem bestehenden System Stabilität verleihen könnten. Die Gegensätze dieser Tendenzen der kolonialen Willensbildung waren ebenso bedeutend für die Entwicklung der indischen Nation wie die Meinungsverschiedenheiten der radikalen und der gemäßigten Nationalisten. Das Ideal Macaulays und der Typus des „echten" Inders traten aber nicht nur als Gegenbilder auf, ihre Züge verwischten sich oft genug in der Vorstellung des Kolonialbürokraten, vor allem dann, wenn er hinter der glatten Oberfläche des anglisierten Gebildeten den „unberechenbaren Orientalen" zu vermuten glaubte. Auch konnte die Kolonialregierung nicht umhin, in Verwaltungspraxis und Verfassungsreformen auf das britische Vorbild zurückzu-

[6] Parvate, a. a. O., S. 307.

[7] Die Phasenverschiebung der kolonialen Durchdringung Indiens und die dadurch bedingten regionalen und generationsmäßigen Unterschiede der politischen Entwicklung habe ich geschildert in dem Aufsatz „Regionen und Generationen – Bemerkungen zur politischen Entwicklung Indiens", in INDO-ASIA, Nr. 2, April 1961, S. 155–162.

[8] Surendranath Banerjea, A Nation in the Making, London 1925.

[9] Siehe hierzu den Text des Memorandums von Lord Macaulay vom 2. 2. 1835 in H. Sharp, Selections from Educational Records, Part I, 1783–1839, S. 109ff.

Jahrgang 11 (1963), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

greifen und dabei doch immer zu betonen, daß Inder eben ganz anders seien und daß man britische Institutionen nicht unbesehen nach Indien verpflanzen dürfe[10]. Dieses Zwiedenken der Kolonialherren entsprang oft einem ehrlichen Bemühen um Objektivität, es mußte den indischen Nationalisten jedoch als Doppelzüngigkeit erscheinen. Die Kolonialregierung wiederum glaubte in dem Nationalismus der Bildungsschicht den Gruppenegoismus einer parasitären Clique zu sehen, vor deren Zugriff man die einfältige Masse beschützen müsse.

Die erste große Verfassungsreform in Indien (1909) stand im Zeichen dieser Spannungen. Die Kolonialregierung schuf eine Art Ständestaat und versuchte soweit wie möglich eine Monopolisierung der Volksvertretung durch die Bildungsschicht auszuschalten. Man lehnte das Prinzip territorialer Wahlkreise ab und schuf Wählerschaften die den Religionsgemeinschaften, Verbänden und Körperschaften entsprachen. Die Kolonialregierung wurde zum Schiedsrichter, der zugleich die Spielregeln festlegt. Dem Einheitsstreben der Nationalisten stellte die Kolonialregierung ein Mosaik der vielfältigen Interessengruppen Indiens entgegen. Der Kolonialbeamte, der von der Mannigfaltigkeit der Kastengruppen und Religionsgemeinschaften Indiens geradezu fasziniert war, hielt eine solche Ordnung für realistischer als das Einheitsstreben der indischen Nationalisten. Die Nationalisten sahen in der neuen Verfassung jedoch eine Anwendung des Grundsatzes „Teile und herrsche". Die besonderen Wählerschaften für Mohammedaner und die Berücksichtigung der Parias in den späteren Verfassungsreformen ließen sich ebenfalls unter diesen Gesichtspunkten rechtfertigen oder verdammen. Es entstand geradezu ein Wettlauf zwischen der Kolonialregierung und den Nationalisten. Während die Kolonialregierung versuchte, die verschiedenen Interessen in die Verfassungsstruktur des Kolonialstaates einzubauen, mußten die Nationalisten sich bemühen, diese Gruppen in die nationale Agitation einzubeziehen[11]. Dieses Wechselspiel zwischen Bewegung und Verfassung trug wesentlich zur Nationsbildung bei. Es ergab sich daraus freilich eine eigenartige Verschmelzung agitatorischer und autoritärer Züge, die selbst den politischen Stil des unabhängigen Indien beeinflußten.

Die grundlegenden Entscheidungen der ersten Verfassungsreform ließen sich von dem agitatorischen Nationalismus nicht überwinden und zwangen spätere britische Verfassungsreformer in ihren Bann. Die Errichtung gesonderter Wählerschaften für Mohammedaner erwies sich als eine der folgenschwersten Entscheidungen. Sie teilte das heranwachsende indische Staatsvolk auf die Dauer in zwei Sektionen ein und begünstigte im politischen Kräftespiel jene mohammedanischen Kandidaten, die sich auf ihre religionsgemeinschaftlichen Bindungen beriefen. Auf diese Weise trat dem „politischen Vedanta" der Hindu-Extremisten der panislamische Patriotismus der aufstrebenden mohammedanischen Führungsschicht ent-

[10] Vgl. die Rede John Morleys in seinem Wahlkreis Arbroath: J. Morley, Speeches on India, Madras o. J.

[11] Näheres in meinem Aufsatz: Bewegung und Verfassung, Eine Untersuchung der politischen Willensbildung in Indien 1900–1950, in dieser Zeitschrift 10 (1962), 126–148.

Jahrgang 11 (1963), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegen. Die indischen Mohammedaner standen der kolonialen Bildungspolitik zunächst ablehnend gegenüber, und es gab unter ihnen auch kaum ein Gegenstück zu den beweglichen Händlerkasten und den strebsamen Brahmanen der Hindus. Nach der Ablösung der Moghulherrschaft durch die Briten hatte Indien für die orthodoxen Mohammedaner den Charakter des Dar-ul-Islam verloren, und die Verantwortung für die islamische Tradition war vom Staat auf die Schriftgelehrten, die Ulema, übergegangen, die ihre Integrität bewahrten, indem sie sich dem kolonialen Bildungseinfluß verschlossen[12]. Erst die Reformbewegung Sir Sayid Ahmad Khans hatte diese Isolierung durchbrochen. Doch waren die Mohammedaner den Hindus gegenüber zumindest um eine Generation ins Hintertreffen geraten. Die begrenzte westliche Bildungsschicht der indischen Mohammedaner stand daher in einem gewissen Spannungsverhältnis zu den Ulema einerseits und den Hindus andererseits und mußte sich um ein Selbstverständnis bemühen, das sie in ihren Aspirationen bestätigte. Die Problematik dieses neuen Selbstverständnisses kam am deutlichsten im Werk des Dichters Mohammed Iqbal zum Ausdruck, der sowohl von Nietzsche wie auch von der Größe der islamischen Vergangenheit tief beeindruckt war und bald orthodox-reaktionären bald revolutionär-progressiven Gefühlen Ausdruck gab[13].

Der panislamische, extraterritoriale Patriotismus der indischen Mohammedaner drängte sie zur Zeit des ersten Weltkriegs an die Seite der nationalistischen Hindus. Die Behandlung des Kalifen durch die Briten gab nach dem Krieg Anlaß zu einer großen Agitation, in der Gandhi zum ersten Mal als nationaler Führer auftrat. Die Entwicklung in der Türkei machte jedoch diese Agitation bald gegenstandslos, und auf die Zeit der gemeinsamen Agitation folgte eine Entfremdung zwischen Hindus und Mohammedanern. Es war bezeichnend, daß diese Agitation auf mohammedanischer Seite von den Ulema getragen wurde, während sich die westlich gebildeten Mohammedaner, die eine gemäßigte Politik verfolgten, von dieser Agitation mehr oder weniger distanzierten[14].

Gandhi, der „Vater der Nation", sah es als eine seiner Hauptaufgaben an, Hindus und Mohammedaner zusammenzuführen. Er versuchte, die nationale Einheit auf dem Wege der agitatorischen Einheit zu erreichen. Seine Einstellung zur Frage der Nationsbildung unterschied sich grundsätzlich von den Auffassungen seiner radikalen und gemäßigten Vorgänger. Er vertraute weder auf das langsame Heranwachsen eines Staatsvolkes noch auf Deutung der Vergangenheit. Für ihn bestand die Nation aus der Summe befreiter Einzelmenschen, es ging ihm um die Bekehrung des einzelnen, und er deutete daher das indische Wort für Unabhängigkeit „Swarajya" ganz bewußt als „Swa-rajya", Selbstbeherrschung[15]. Seine Anschauungen waren durch seine eigene politische Erfahrung geprägt worden. Er hatte die entscheidend-

[12] Siehe hierzu den Beitrag von W. Cantwell Smith, The ‚ulamā' in Indian Politics, in C. H. Philips, ed., Politics and Society in India, London 1963.

[13] Vgl. Mohammed Iqbal, Reconstruction of Religious Thought in Islam, Lahore 1960; zur Beurteilung Iqbals siehe W. Cantwell Smith, Modern Islam in India, Lahore 1943.

[14] Vgl. die Biographie Jinnahs: M. A. Saiyid, Muhammad Ali Jinnah, Lahore 1945.

[15] M. K. Gandhi, Hind Swaraj, Madras 1908.

Jahrgang 11 (1963), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sten Jahre seines Lebens, vom 24. bis zum 46. Lebensjahr, in Südafrika verbracht, wo er einsam und ohne Vorbild einer furchtsamen völkischen Minderheit durch seine an Ort und Stelle ausgearbeitete Strategie des passiven Widerstands Mut und politische Schlagkraft verliehen hatte. Diese Strategie wandte er später auch in Indien an. Er identifizierte sich mit den indischen Massen, paßte sich ihnen in Kleidung und Lebensstil an und lebte vor, was andere nur gepredigt hatten. Er verstand es, die Empfänglichkeit der Inder für symbolische Handlungen auszunutzen und schuf so eine Verbindung zwischen den verschiedenen Schichten des Volkes[16]. Gandhis Herkunft und Werdegang trugen zu seinem Erfolg als nationaler Führer bei. Er war ein Gujerati Bania, das heißt er gehörte der einflußreichen Händlerkaste West-Indiens an. Von Hause aus war er ein frommer Vaishnava, er wuchs also in die Traditionen einer Volksreligion hinein, die in Indien am weitesten verbreitet ist. Er besaß daher das Vertrauen der reichen Händler, die seine politischen Feldzüge großzügig unterstützten, und die Symbolik und Mythologie, in der die indischen Massen lebten, war ihm von seiner Kindheit her bekannt. Durch die harte Bewährungszeit in Südafrika hatte er den prekären Individualismus des westlich gebildeten Inders in sich überwunden und eine Eigenständigkeit errungen, die es ihm ermöglichte, die Gegebenheiten seiner Herkunft auszunutzen und ihre Bindungen zu bewältigen.

Für Gandhi war die Nation nur einer der konzentrischen Kreise, die vom Einzelmenschen ausgehen und über die Familie und die Gemeinde bis hin zur Ökumene ausstrahlen. Da es für den indischen Nationalismus zunächst keine Probleme der territorialen Souveränität und keine Irredenta-Gebiete gab – diese tauchten erst später in Kaschmir und Goa auf –, wurden diese konzentrischen Kreise durch nichts gestört und Gandhis Nationalismus war zugleich ein Internationalismus. Dieser Internationalismus verband ihn auch mit der jüngeren Generation der indischen Nationalisten, die sich dem Sozialismus zugewandt hatten. Die Sozialisten glaubten jedoch nicht an Gandhis Bekehrung des Einzelmenschen und an die Idee der nationalen Befreiung, die aus der Selbstbeherrschung erwächst. Sie deuteten das Geschick der indischen Nation nach den marxistischen Theorien vom Imperialismus und suchten nach Bevölkerungsschichten, die die Revolution vorantragen konnten. Doch erwiesen sich sowohl die indischen Arbeiter als auch die indischen Bauern für diese Zwecke als ungeeignet, und so konnten die Sozialisten nicht umhin, sich immer wieder der Führung Gandhis anzuvertrauen, obwohl sie seine Soziallehren mißbilligten und befürchteten, daß sein romantisch-konservativer Utopismus von reaktionären Elementen ausgenützt werden könnte. Der allgewaltige Arbeitsausschuß des Nationalkongresses, der von Gandhi herangebildet worden war, wurde denn auch von konservativen Kräften beherrscht, die den Sozialisten ein Dorn im Auge waren. Aber um des Freiheitskampfes willen arbeitete man zusammen. Die ent-

[16] Hierzu Indira Rothermund, The Philosophy of Restraint – Mahatma Gandhi's Strategy and Indian Politics, Bombay 1963; vor allem 2. Kapitel: Gandhi's Terms and Symbols, und 3. Kapitel: Gandhi and the Hindu Tradition.

Jahrgang 11 (1963), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

scheidende Rolle bei dieser Zusammenarbeit fiel Jawaharlal Nehru zu[17]. Gandhi hatte es verstanden, diesen so ganz anders gearteten Mann an sich zu ziehen und ihn in entscheidenden Momenten aus der Opposition herauszunehmen und in die Verantwortung zu stellen. Auf diese Weise war es Gandhi gelungen, zu der jüngeren Generation der Sozialisten, die in Nehru ihren Wortführer sahen, eine Brücke zu schlagen und zugleich das Problem der charismatischen Nachfolge zu lösen.

Nehru ist anempfindend und sensibel, radikal und doch ein Mann des Ausgleichs, ehrlich und aufrecht, aber auch ein Meister des politischen Spiels. Diese Eigenschaften ermöglichten es ihm, den Hoffnungen und Befürchtungen seiner Zeitgenossen beredten Ausdruck zu verleihen, radikale Worte mit realistischen Handlungen zu verbinden, sich immer vorteilhaft von seiner Umgebung abzuheben, Vertrauen einzuflößen und in der Spannung politischer Kräfte mit der Würde und Eleganz eines überlegenen Schiedsrichters sich über die streitenden Parteien zu erheben. Er war daher in der Lage, den Übergang Indiens von der kolonialen Bevormundung zur staatlichen Eigenständigkeit zu bewerkstelligen. Art und Zeit der Machtübergabe nach dem zweiten Weltkrieg machten es erforderlich, den britisch-indischen Staatsapparat ohne große Änderungen zu übernehmen und die Verfassung des unabhängigen Indien dem vielgeschmähten britischen Verfassungsgesetz von 1935 nachzubilden. Doch Nehru gelang es, diese Verfassung mit Leben zu erfüllen, den parlamentarischen Gepflogenheiten Achtung zu verschaffen und den indischen Bundesstaat zusammenzuhalten. Bewegung und Verfassung, Partei und Staat verschmolzen unter seiner Führung. Das sozialistische Ideal der Gleichheit wurde durch ein Gleichgewicht der Kräfte ersetzt. Der „säkulare Staat" wurde für Nehru zu einer moralischen Anstalt, in der sich die Nationsbildung und die soziale Gerechtigkeit vollziehen können. Das Leitbild des „säkularen Staates" ermöglichte es Nehru, die sozialistischen Sympathien mit der Amtswaltung in einem übernommenen Staatsgefüge zu versöhnen. Der Saekularismus wurde dabei nicht als eine rein formale Kennzeichnung des modernen Staates verstanden, sondern wurde zum positiven Inbegriff des Reformstrebens und zur Antithese des religiösen Partikularismus, der zur Teilung Indiens und zur Gründung Pakistans geführt hatte, zugleich bedeutete er eine Neufassung der indischen Toleranzidee, eine Bekräftigung der nationalen Einheit und eine Bestätigung der weltbürgerlichen Absicht des indischen Freiheitskampfes. In einem Brief an die Präsidenten der Provinzialkongreßkomitees schrieb Nehru einmal, daß das Wort „saekular" für ihn auch das Ideal der sozialen und politischen Gleichheit beinhalte, obwohl er sich dessen bewußt sei, daß man diese Definition wohl in keinem Wörterbuch fände. So sei für ihn sowohl der religiöse Partikularismus als auch der Kastengeist mit diesem Ideal unvereinbar[18]. Im Interesse des saekularen Staates wurde die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Staat und in der staatstragenden Partei zur dringenden Aufgabe und recht

[17] Vgl. Jawaharlal Nehru, An Autobiography, London 1936; und B. R. Nanda, The Nehrus – Motilal and Jawaharlal, London 1962; ferner auch Michael Brecher, Nehru – A Political Biography, London 1959.

[18] Jawaharlal Nehru, Letters to PCC Presidents, New Delhi 1954.

Jahrgang 11 (1963), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eigentlich zur Vorbedingung der Erreichung der Gleichheit. Diese Staatsidee ist von Nehru zwar nie im Zusammenhang formuliert worden, aber in seinen zahlreichen Äußerungen hat er immer wieder den einen oder anderen Aspekt dieser Idee hervorgehoben. Es ist bezeichnend, daß er eine Fortführung seiner Arbeit im Sinne dieser Idee durch die Willensbildung der großen Masse des indischen Volkes und nicht durch die Heranbildung eines Kaders von Parteigängern für gewährleistet hält[19]. Er hofft, daß eine Erweiterung des Blickfeldes eine Änderung der Verhaltensweisen mit sich bringt, und es ist daher nicht zufällig, daß er in der politischen Argumentation oft psychologische Begriffe verwendet.

Gandhi und Nehru haben es vermocht, durch ihre Leitbilder und ihren persönlichen Einsatz dem indischen Volk einen Weg zum Verständnis der politischen Situation zu zeigen. Dieses Verständnis bestand zwar weithin nur aus einem Vertrauen in die Integrität des charismatischen Führers, doch die Einstellung dieses Führers hatte einen prägenden und nationsbildenden Einfluß. Gandhis Art des Freiheitskampfes schuf ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und verhinderte ein Abgleiten in demoralisierende Gewalttätigkeiten und innere Machtkämpfe. Nehrus Staatsidee ermöglichte eine Aussöhnung mit dem übernommenen Staatsgefüge und eine Kontinuität der Verwaltung. Eine Nationsbildung, die auf charismatischer Integrität beruht, ist natürlich labil und gefährdet. Konflikte werden zu Vertrauenskrisen, und jede Krise scheint die nationale Einheit in Frage zu stellen. Andererseits erweisen sich ernsthafte Unruhen, die in einem modernen westlichen Nationalstaat als Auflösungserscheinungen gewertet würden, oft nur als vorübergehende Störungen. Die Reorganisation der indischen Länder in den Jahren von 1955 bis 1960 bot ein typisches Beispiel dieser eigentümlichen politischen Verhältnisse[20]. Es kam in diesem Zusammenhang zu Hungerstreiks und Straßenkämpfen, kommunistischen Wahlerfolgen und Demonstrationen. Westliche Beobachter glaubten, daß Indien nach den ersten Jahren der Unabhängigkeit nun dem Chaos entgegentreibe[21]. Doch kaum war die letzte Grenze endlich neu gezogen worden, da verwandelte sich der Hauptkrisenherd, Maharaschtra, in einen der wichtigsten Pfeiler der staatstragenden Kongreßpartei. Die Beurteilung dieser Phänomene ist deshalb so schwierig, weil selbst von indischer Seite politische Konfliktsituationen mit westlichen Maßstäben gemessen werden, wenn sie auch im Grunde oft anders durchlebt und erfahren werden. Es besteht eine Kluft zwischen Geschehen und Verstehen, die zwar im Handeln überbrückt wird, in der Deutung und Bewertung aber oft unüberwindlich bleibt. So orientierte man sich denn auch in Indien an dem Vorbild des homogenen westlichen Nationalstaates und hielt eine Neuaufteilung der indischen Länder in Sprachprovinzen für schädlich[22]. Die Vorkämpfer der Sprachprovinzen wiederum beriefen sich auf die Einheit von Staat und Sprachgebiet. Im Zuge des

[19] Vgl. R. K. Karanjia, The Mind of Mr. Nehru, London 1960.

[20] Government of India, Report of the States Reorganisation Committee, New Delhi 1955.

[21] Vgl. Selig Harrison, India – The Most Dangerous Decades, Princeton 1960.

[22] Siehe hierzu All-India Congress Committee, Resolutions on States Reorganisation, 1920—1956, New Delhi 1956.

Jahrgang 11 (1963), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Freiheitskampfes waren die Kongreßkomitees schon in den Jahren 1920/21 nach Sprachprovinzen aufgeteilt worden, um einen besseren Kontakt zu den Massen zu ermöglichen. Nach der Erringung der Unabhängigkeit und der Übernahme der bestehenden Staatsstruktur wollte jedoch die indische Bundesregierung der Neugliederung Indiens in Sprachprovinzen wie so manchen anderen agitatorischen Reminiszenzen nicht stattgeben. Es kam hinzu, daß Nehru und viele andere führende Politiker aus der großen Nordprovinz (Uttar Pradesh) stammten, die im Zuge des Freiheitskampfes zum Angelpunkt der indischen Politik geworden war, und daher für die Neuordnungsbestrebungen, die ausschließlich die Südprovinzen betrafen, wenig Verständnis hatten. Der Hindi-sprechende Norden umfaßt zwar ein Drittel der gesamten Bevölkerung Indiens, aber er ist nicht übermächtig genug, um die Art und Weise der Nationsbildung in Indien allein zu bestimmen. Die Neuordnung wurde daher schließlich durchgesetzt. Der Regionalismus der indischen Politik darf nicht negativ gewertet werden, sondern muß positiv in das politische Kräftespiel einbezogen werden. Um dies zu tun, muß man in indischen Dimensionen denken und kann sich nicht an den Vorbildern des europäischen Nationalismus orientieren. In der Praxis haben sich durch die Wirtschaftsplanung und das „Super-Kabinett" des National Development Council, dem alle Ministerpräsidenten der Länder angehören, bereits Mittel und Wege des Ausgleichs von regionaler und zentraler Politik gefunden. Das Verhältnis zwischen Bund und Ländern ist in der Tat so kompliziert, daß kritische Beobachter je nach ihrem Blickpunkt zu der Anschauung gekommen sind, daß der Bund allzusehr auf die Länder angewiesen sei oder aber, daß ein eiserner Zentralismus herrsche. Für beide Ansichten läßt sich viel Beweismaterial finden[23]. Diese Erscheinungen der Verflechtung von regionaler und zentraler Politik lassen jedoch die Frage nach der „nationalen Integration" nicht verstummen. Diese Frage wird sogar in Indien zur Zeit mit besonderem Eifer diskutiert.

Es ist bezeichnend, daß der Diskussion um die nationale Integration keine scharfen Grenzen gesetzt sind. Es läßt sich unter dieser Überschrift in Seminaren und auf Tagungen, in Gesprächen und Leitartikeln nahezu jedes Problem behandeln, das Indien gegenwärtig bewegt. Einige denken dabei vor allem an die Eingliederung der 40 Millionen Mohammedaner in die indische Nation, andere wieder beklagen den Kastengeist, der das politische Leben weithin beherrscht, wieder andere weisen darauf hin, daß die Beteiligung der Nation am politischen Leben im Rahmen der parlamentarischen Demokratie in Indien nur oberflächlicher Art sein kann und setzen sich für eine parteilose Demokratie ein, die sich auf das Ideal des Panchayati Raj, die Einmütigkeit des altehrwürdigen indischen Dorfgemeinderates, gründen soll. Rechtsgerichtete Kreise des Nordens befürworten einen indischen Einheitsstaat und eine rasche Verbreitung des Hindi als obligatorischer Nationalsprache. Jede dieser Forderungen bezeichnet ein spannungsreiches Gebiet. Im Grunde geht es aber bei allen diesen Fragen um die Verbindung von Staat und Volk, die Umformung der traditionsgebundenen Bevölkerung in eine moderne Gesellschaft, die Kommuni-

[23] Vgl. R. Dwarkadas, Reflections on Indian Administration, Allahabad 1960.

Jahrgang 11 (1963), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kation zwischen Führungsschicht und Masse. Die verwirrende Vielfalt der sozialen Wandlungsprozesse scheint diese Kommunikation eher zu erschweren als zu erleichtern. In den westlichen Demokratien hat sich zumeist ein Zweiparteiensystem herausgebildet, das es in Verbindung mit einer raschen Zirkulation von Informationen ermöglicht, die politischen Entscheidungen zu Alternativen zu reduzieren, die nach der Art des binären Zahlensystems der Elektronengehirne sozusagen ein rasches Schalten ermöglichen. In Indien und in anderen Entwicklungsländern fehlen jedoch die Voraussetzungen für diese Reduktionsmethoden[24]. Es stellt sich immer wieder eine Unterbrechung der Kommunikationsvorgänge ein, es fehlt an Verbänden und Informationsmitteln, die diese Lücke schließen können. Die einzigen Strukturelemente, die überall in Indien anzutreffen sind, sind die Kastengruppen, und man bedient sich ihrer mit großem Gewinn. Da dieser Rückgriff auf die Kastengruppen mit den Idealen der modernen Nationsbildung nicht übereinstimmt, darf man auf diesen Faktor in den Diskussionen, wenn überhaupt, dann nur im Tone der Entrüstung hinweisen.

Die Einbeziehung von Kastengruppen in das politische Kräftespiel ist jedoch an sich bereits eine Erscheinung der Modernisierung und Saekularisierung. Es ist selbstverständlich, daß sich die politische Willensbildung zunächst auf die vorgegebenen sozialen Gruppen und Körperschaften stützen muß. Auch kann man es nicht als Heuchelei bezeichnen, wenn sich die Staatsidee auf einen Idealtyp des Staatsbürgers bezieht, während die politische Praxis auf das vorhandene politische Material zurückgreift. Die politische Tätigkeit löst die Kastengemeinschaften aus ihrem hierarchischen Rahmen heraus und stellt sie nebeneinander. Es ist zu beachten, daß viele Kastenverbände aus Reformbewegungen hervorgegangen sind und sich grundsätzlich von den alten Kasteninstitutionen, die sich mit der Festlegung von Riten und Zeremonien beschäftigten, unterscheiden. Manche Kastenverbände verdankten ihre Gründung geradezu dem Protest gegen alte Kasteninstitutionen. Es sei nur das Beispiel des Verbandes der Namboodiri-Brahmanen von Kerala erwähnt. Dieser Verband wurde durch den Protest der jüngeren Söhne gegen die kastenübliche Primogenitur ins Leben gerufen, und der berühmte Kommunistenführer E. M. S. Namboodripad sammelte seine ersten politischen Erfahrungen als Sekretär dieses Verbandes. Die demokratischen Wahlen haben es mit sich gebracht, daß die zahlenmäßig stärkeren, und das sind fast ausschließlich die niederen, Kastengruppen an die Macht kommen. Es entspricht dieser Tendenz, daß der frühere Ministerpräsident von Maharaschtra und jetzige Bundesverteidigungsminister, Y. B. Chavan, und der schweigsame und zielbewußte Ministerpräsident von Madras, Kamaraj Nadar, sowie auch der Ministerpräsident von Kerala, R. Shankar, aus solchen niederen Kastengruppen hervorgegangen sind, die sich durch ein besonders starkes Solidaritätsgefühl auszeichnen. Diese Mehrheitskastengruppen, die zugleich dem mittleren Bauernstand entsprechen, auf dessen Unterstützung die Kongreßpartei

[24] Zur Diskussion der politischen Kommunikation und Interessenartikulation in Entwicklungsländern siehe Gabriel Almond und James Coleman, The Politics of the Developing Areas, Princeton 1960.

Jahrgang 11 (1963), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

angewiesen ist, durchlaufen auf Grund ihrer steigenden Bedeutung ein Stadium der „Sanskritisierung"[25], das heißt einer bewußten Annahme der bei den höheren Kasten üblichen Sitten und Gebräuche, während inzwischen die aufgeschlossensten Schichten der höheren Kasten weitgehend verwestlichen. Die aufstrebenden Mehrheitskasten haben die brahmanische Intelligentsia aus der Politik verdrängt, doch die Brahmanen, die früher in den freien Berufen und im Regierungsdienst vorherrschten, haben inzwischen neue Laufbahnen gefunden und sich der Technik und den Stellungen in der freien Wirtschaft zugewandt. Die meisten Kongreßpolitiker stammen daher heute aus den Kreisen der „sanskritisierten" Mehrheitskasten, während der typische leitende Angestellte, der höhere Beamte, aber auch der kommunistische Funktionär zumeist ein Brahmane ist.

Die Nationsbildung in Indien ist ein sprunghafter Anpassungsprozeß an die moderne Welt, der sich in einer oft widersprüchlich und chaotisch anmutenden Durchdringung verschiedener historischer Schichten[26] vollzieht. Werte und Anschauungen werden von einer Schicht zur anderen transponiert und erfahren dabei eine vielfache Brechung und Bedeutungsveränderung. Die Idee des sozialen Fortschritts, die als solche nur von der Führungsschicht begriffen wird, kann von anderen Schichten in der Form eines Prestigezuwachses verstanden und angestrebt werden und mag sowohl ein Interesse an modernen Zivilisationsgütern als auch eine „Sanskritisierung" im Sinne des sozialen Aufstiegs ganzer Kastengruppen umschließen. So ergibt sich eine Zwiespältigkeit der Werte, die mit den Leitbildern des „saekularen Staates" und der „nationalen Integration" kaum erfaßt werden kann, doch deuten selbst diese Leitbilder die Spannung zwischen der zweckrationalen Institution des Staates und den Formen des sozialen Einverständnisses an[27], die für die Nationsbildung in Indien bezeichnend ist. Der planende Entwicklungsanspruch und das eigentliche Entwicklungsgeschehen vollziehen sich auf verschiedenen Ebenen, in gleicher Weise prägt der moderne Staat in Indien die Nationsbildung und wird selbst von dieser Wirkung getragen.

---

[25] Hierzu M. N. Srinivas, Changing Institutions and Values in Modern India, in The Economic Weekly, Bombay, Februar 1962 (Annual Number), S. 131 ff.

[26] Zum Begriff der historischen Schichten siehe Wilhelm E. Mühlmann, Homo Creator, Wiesbaden 1962, S. 290 ff.

[27] Zur Definition des Einverständnisses im Unterschied zur zweckrationalen Vereinbarung siehe Max Weber, Über einige Kategorien der verstehenden Soziologie, in Max Weber, Soziologie-Weltgeschichtliche Analysen-Politik, Stuttgart 1956, S. 126 ff.

Jahrgang 11 (1963), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte